

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) keine sozial vermittelte Intelligenz, so hoch sein abstrakter IQ auch immer sein mag.

(Beifall bei der SPD)

Darum werden wir noch streiten - in den nächsten 18 Monaten und noch viel länger, weil ich glaube, ich bin da auf dem richtigen Weg. Und mich freut eines - Frau Kollegin Thomann-Stahl, das hat Sie ja so bekümmert -: Mit dieser Verkehrspolitik, mit meiner Forderung, daß wir auf Autobahnen nicht schneller als 130 fahren dürfen, daß wir Verkehrsberuhigung haben sollen, befinde ich mich in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Bevölkerung. Das wissen wir aus Umfragen, und das wissen wir aus ZUschriften, aus dem Echo, das diese Politik hat.

Nicht immer ist die Zustimmung zu einer Politik das alleinige Kriterium, ob sie richtig oder falsch ist. Aber in d e r Frage kann ich nur sagen: Die Menge der Menschen hat hier viel mehr praktische Intelligenz und praktisches Gefühl für das Richtige als Experten und Lobbyisten, die etwas anderes sagen, und darüber freue ich mich.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

- (B) Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Entwurf des Einzelplans 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Wer dem Entwurf des Einzelplans 11 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3811 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen: Damit ist der Einzelplan 11 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 03 - Innenminister

Auch hier werden wir die vorliegenden Änderungsanträge in die Beratung einbeziehen. Ich verweise auf die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3803 und eröffne die Beratung. Ich erteile das Wort Herrn Abg. Paus für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Kollege!

Paus (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Haushalts-

diskussion ist eigentlich die Beschäftigung mit dem politischen Handlungsrahmen für das nächste Jahr. Sie ist aber auch Anlaß, Bilanz zu ziehen, Ist und Soll der Landespolitik zu betrachten. Herr Innenminister, diese Bilanz fällt in diesem Jahr für Sie denkbar schlecht aus. (C)

Sie haben im vergangenen Jahr eine gehörige Portion Ihrer politischen Glaubwürdigkeit verspielt. Herr Innenminister, Sie gehen deutlich angeschlagen in das Jahr 1989. Im vergangenen Jahr ist vielen deutlich geworden: Die vorgeblich liberale Linie dieses Innenministers ist tatsächlich eine Haltung des Zurückweichens vor Rechtsbrüchen und Rechtsbrechern, und dieser Verfassungsminister steht nicht für klare Grundpositionen, bei ihm herrscht das Prinzip der Beliebigkeit, der blanke parteipolitische Opportunismus vor.

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen verdeutlichen.

(Blumenberg (SPD): Das scheint bei Ihnen mehr der Fall zu sein.)

- Nun hören Sie doch mal zu, ich bringe jetzt Beispiele; dann können Sie nachher Zwischenrufe machen.

(Kuhl (F.D.P.): Das ist die Intelligenz, die Zöpel ansprach.)

Lassen Sie mich das - Herr Kollege, damit auch Sie es kapiieren - an einigen Beispielen verdeutlichen. (D)

(Blumenberg (SPD): Bringen Sie mal die Beispiele von Ihrem Pressesprecher!)

Da gab es die selbst für Mitglieder der Landesregierung nicht mehr nachvollziehbaren Argumentationsprünge des Innenministers bei den Rheinbrückenblockaden. 1983 hatte dieser Innenminister noch erklärt: "Blockadeaktionen sind Nötigungshandlungen; solche Rechtsverletzungen dürfen wir nicht zulassen." Dann kam es zu den Brückenblockaden in Rheinhausen. Der Innenminister hatte sich gerade vorher mit dem Bundesinnenminister angelegt und gesagt: "Die Strafbarkeit des Vermummungsverbots ist für die Polizei nicht handhabbar. Das Prinzip der Legalität ist für die Polizei nicht handhabbar. Das geht nicht."

Dann hat er aber in Rheinhausen nicht eingegriffen - wie wir finden, nach wie vor vertretbar -. Er konnte aber jetzt nicht auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit eingehen, das paßte nicht in seine Argumentationslinie

(Paus (CDU))

- (A) gegenüber Herrn Zimmermann, und er behauptete plötzlich: Das war überhaupt keine Nötigung, die Polizei hatte ja die Straßen vorher selbst gesperrt. Deshalb gab es keine Nötigung.

Dann gab es die Besetzung der Rheinkniebrücke in Düsseldorf, Proteste selbst verärgertes Kollegen aus der Landesregierung, Prof. Farthmann reagierte öffentlich ärgerlich. Die vorher gewählte Argumentation, Herr Innenminister, lief nicht mehr. Und jetzt? "Es war gar keine Nötigung, die Handlung war nicht verwerflich, weil es ja um Arbeitsplätze ging, um ein Fernziel, und das kann eben doch nicht verwerflich sein" - wohl wissend, daß diese Bewertung einhellig in der Rechtsprechung so nicht geteilt wurde.

Dann haben Sie vom BGH die Quittung dafür bekommen. Der BGH hat eindeutig festgestellt: "Die Frage der Fernziele ist für die Rechtswidrigkeit unerheblich."

Diese Argumentation, eines von vielen Beispielen, macht deutlich: Bei diesem Innenminister ist das Recht, was gerade in den Kram paßt. Was schert ihn dabei das, was er vor einigen Jahren gesagt hat? Blanker parteipolitischer Opportunismus!

Lassen Sie mich noch ein weiteres Beispiel bringen: Kronzeugenregelung - ist zur Zeit wieder im Bundestag aktuell. Schnoor 1986: "Der Vorschlag einer Kronzeugenregelung zielt in die richtige Richtung. Das haben wir ja selbst 1975 schon in die öffentliche Diskussion eingebracht." Dann hat sich diese Diskussion bei der SPD gedreht, und wir hörten den Innenminister Ende letzten/Anfang dieses Jahres: "Ich halte diese Regelung für unerträglich", und das Schlagwort: "Das ist Komplizenschaft mit den Mördern."

- (B) Meine Damen und Herren, das ist schlicht das Prinzip der Beliebigkeit im Umgang mit Rechtsgrundsätzen.

Wollen Sie noch ein weiteres Beispiel, Herr Kollege - Sie hören jetzt anscheinend schon nicht mehr zu -: Gerade in den letzten Wochen haben wir die Frage der Kostenerstattung für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen diskutiert.

Als Späth das in Baden-Württemberg praktizierte, als er argumentierte, "wenn ich rechtswidrige Störer bei Blockadeaktionen wegtragen lasse, dann zahlt bei uns jeder seinen Träger selbst, dann sollen die Kosten für die Polizeieinsätze bezahlt werden", hörten wir diesen Innenminister etwa wie folgt - schwerstes rechtsstaatliches Geschütz -:

- (C) "Im Kernbereich staatlichen Gewaltmonopols dürfen wir keine Gebühren erheben. Sonst käme es noch dazu, daß wir staatliche Gewaltanwendung kommerzialisieren würden."

Dann im Sommer 88: Schnoor hatte mitbekommen, daß es Verhandlungen von ARD, ZDF, aber auch RTL mit der Bundesliga gab. Alles, was ihn vorher nie gestört hatte - daß durch Polizeieinsätze in Bundesligastadien erhebliche Kosten entstehen -, bedeutete auf einmal die Gefahr, daß an den Spielplätzen nicht mehr Kameras von ARD und ZDF, sondern von SAT 1 oder RTL stehen. Drohung von Schnoor:

Wenn ihr falsche Verträge abschließt, müßt ihr damit rechnen, daß ich euch die Kosten für die Polizeieinsätze in Rechnung stelle.

Dann noch die Drohung an die Städte, an die Bundesligastädte:

Wollen wir doch einmal nachrechnen, ob ihr denn tatsächlich auch den Vereinen die richtige Stadionmiete abnehmt.

Egal, Herr Innenminister, was Sie vorher argumentiert hatten. Jetzt gelten andere parteipolitische Opportunität, andere Prinzipien. Was schert Sie Ihr Gerede von gestern?

Ich bleibe dabei: das Prinzip der Beliebigkeit, des blanken parteipolitischen Opportunismus.

(D) Meine Damen und Herren! Gerade der Zickzackkurs in der Frage des Demonstrationsrechtes hat zu einer völligen Verunsicherung der Polizei geführt, die nicht mehr wissen kann, ob sie bei einer Nötigung einschreiten muß oder ob gerade wieder eine neue Marschrichtung des Innenministers gilt - und wenn ja, mit welcher Begründung.

Die Vertuschungspolitik im Zusammenhang mit der Aufklärung des Geiseldramas von Gladbeck, die Sie in den letzten Wochen erlebt haben, war sicherlich auch nicht geeignet, Herr Innenminister, Ihre Glaubwürdigkeit in diesem Hause zu steigern. Ich will den gesamten Komplex nicht aufgreifen; dazu werden wir im U-Ausschuß Gelegenheit haben.

(Reinhard (SPD): Das ist auch richtig, das sollten wir jetzt sein lassen!)

- Herr Kollege Reinhard: Ein Punkt, vielleicht sagen Sie uns gleich etwas dazu. Sie hatten uns im Zusammenhang mit der siebzehnstündigen Sitzung des Innenausschusses zugesagt,

(Paus (CDU))

- (A) uns umfassend über alles zu informieren.
Wörtlich:

Wir wollen uns nicht dem Vorwurf aussetzen, wir unterschlugen etwas.

(Reinhard (SPD): Ja, das ist richtig!)

Tatsächlich haben Sie uns zentrale Informationen vorenthalten. Hier im Hause lagen schon zum Zeitpunkt der Innenausschußsitzung, spätestens aber vor der abschließenden Plenardebatte am 07.09., alle Informationen - ich betone: alle, auch die, die uns erst in den letzten Wochen bekanntgeworden sind - vor: die Tatsache, daß Degowski unter den Augen der Polizei die Geiseln mehrere Minuten allein im Auto gelassen hat, die Tatsache, daß Degowski und Rösner unter den Augen der Polizei mit allen Waffen fast eine viertel Stunde lang außerhalb des Autos eine Colapause einlegten - eine Situation, Herr Innenminister, die, wie wir gestern in der Zeitung lesen konnten, in der sogar die Gangster selbst mit einem Eingreifen der Polizei gerechnet hatten.

(Hellwig (SPD): Was hat denn das mit dem Haushalt zu tun?)

- Herr Hellwig, der Innenminister redet sich damit heraus, seine Beamten hätten ihm das nicht gesagt.

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Paus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reinhard?

(Paus (CDU): Lassen Sie mich diesen Gedanken eben abschließen, Herr Reinhard. Dann gerne!)

- Bitte schön.

Paus (CDU): Herr Innenminister! Wenn es Ihnen mit der Zusage, daß Sie nichts vertuschen wollten, ernst gewesen sein sollte, durfte so etwas nicht passieren. Dann hätten Sie selbst lesen oder durch eine Weisung sicherstellen müssen, daß Sie über alle wesentlichen Fakten unterrichtet worden wären. Das ist nicht geschehen. Uns liegt bis heute von Ihnen im Innenausschuß kein weiterer umfassender Bericht vor. Deshalb müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie Ihr Versprechen, nichts zu vertuschen, gebrochen haben. - Herr Kollege Reinhard!

Frau Vizepräsident Friebe: Nein, das Wort erteile Ich! - Sie gestatten jetzt? (C)

(Paus (CDU): Ja, Frau Präsidentin! Ich wäre einverstanden, wenn sich der Kollege Reinhard jetzt mit einer Frage meldete.)

- Herr Abg. Reinhard zu einer Zwischenfrage!

Reinhard (SPD): Herr Kollege Paus! Nachdem im Landtag klar ist, daß in der nächsten Woche ein Untersuchungsausschuß zu den Gladbecker Vorfällen gebildet wird, halten Sie es da nicht für deplaziert, daß Sie hier eine Debatte über dieses Thema beginnen? Ist das nicht schon wieder eine Art Vorverurteilung, so daß wir einen Untersuchungsausschuß gar nicht mehr brauchen?

(Zustimmung bei der SPD)

Paus (CDU): Herr Kollege Reinhard! Die Tatsache, daß ich den Sachverhalt angesprochen habe, erübrigt meine Antwort. Ich halte es sehr wohl für plaziert, in einem solchen Fall auch einmal über die Frage der Glaubwürdigkeit dieses Innenministers nachzudenken.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zum vorliegenden Haushalt machen. Herr Kollege Reinhard, dann können Sie sich ja auch mit Zwischenfragen, melden. Ich werde Sie auch selbst dabei ansprechen. (D)

Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt gibt keine Antworten darauf, wie die Polizei mit der sich seit Jahren zuspitzenden Personalsituation fertig werden soll. Seit Beginn der 70er Jahre haben wir fast eine Verdoppelung der Kriminalität, fast eine Verdreifachung der Polizeieinsätze bei Verkehrsstörungen. Gleichzeitig hat es einen für die Beamten erfreulichen Rückgang der effektiven Arbeitszeit gegeben: Jahresurlaub, Freistellung für Wach- und Wechseldienst, verstärkte Aus- und Fortbildung.

1974 hat man sich als groben Anhalt für ein Flächenland wie Nordrhein-Westfalen auf 1 zu 400 - ein Beamter auf 400 Bürger - verständigt. Selbst diese Zahl ist bis heute nicht erreicht. Trotzdem gab es in den letzten Jahren Stellenabbau.

Auch der Haushalt 1989, Herr Innenminister - wir haben das heute schon teilweise diskutiert -, bedeutet einen weiteren effektiven Abbau der tatsächlichen Kapazitäten der Polizei.

(Paus (CDU))

- (A) Lassen Sie mich das ausdrücklich feststellen: Es ist erfreulich, daß endlich Neueinstellungen nicht mehr nach den jeweiligen Zuständigkeiten des Finanzministers vorgenommen werden, sondern daß da erstmals wieder ein Stück Planung eingekehrt ist. Es ist aber doch Tatsache, daß jetzt so viele Anwärter eingestellt werden, wie voraussichtlich Beamte in den nächsten Jahren ausscheiden. Das bedeutet doch allenfalls Stagnation: daß wir das, was wir haben, halten, zumal - das muß auch gesagt werden - diese Anwärter erst 1992 tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Herr Innenminister! Wie Sie mit dem Kapitel "Wochenarbeitszeitverkürzung 1989/90" um insgesamt 1,5 Stunden umgehen, ist eine weitere Anfrage an Ihre Glaubwürdigkeit. In der Tarifaufeinanderersetzung hat die Landesregierung frühzeitig erklärt, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit sei das einzige Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Auch der Ministerpräsident hat noch vor wenigen Wochen erklärt, man wolle die Einstellungsmöglichkeiten, die dieser Entwurf biete, voll ausschöpfen. Zum Ausgleich der ausfallenden Personalkapazitäten benötigt die Polizei aber - ich denke, darüber besteht kein Streit, Herr Innenminister - circa 1 500 Stellen bereits im Jahre 1990. Sie stellen ganze 300 Beamtenanwärter zum Ausgleich dafür im nächsten Jahr ein, die erst im Jahre 1992 zur Verfügung stehen.

- (B) Herr Innenminister, das habe ich auf der Demonstration der GdP gesagt: Ich kann die Verbitterung bei den Polizeiorganisationen verstehen, die das für Wortbruch halten.

Sie haben dann im Zusammenhang mit der GdP-Demonstration erklärt: Die Beamten sollten doch zufrieden sein, es gebe 1 100 neue, zusätzliche Stellen.

Herr Innenminister, das war heute schon Thema. Das ist schlicht unwahr. Es gibt keine zusätzlichen 1 100 Stellen. Sie kommen vielmehr, wenn Sie optimistisch alles zusammenrechnen, auf etwa 580 Stellen, die möglicherweise zusätzlich geschaffen werden. Sie müssen uns erklären, wie Sie sich die andere Hälfte zusammenrechnen. Wenn Sie tatsächlich nur Nachersatz betreiben, können Sie nicht von zusätzlichen Stellen sprechen.

Herr Reinhard, Sie haben das zumindest bei der GdP-Veranstaltung selbst eingeräumt: Sie selbst haben gesagt, Sie würden sich dafür aussprechen, daß weitere 300 Anwärter eingestellt werden. Ich bin gespannt auf das, was gleich Ihr Fraktionskollege dazu an-

- (C) kündigen wird, wie diese 300 Stellen nun noch zur dritten Lesung von Ihrer Fraktion in den Haushalt einbezogen werden.

Herr Kollege Reinhard, ich habe Ihnen das schon im Ausschuß gesagt, als der Haushalt eingebracht wurde: Sie haben effektiv mit Ihren Anträgen - denen wir im übrigen zugestimmt haben - nichts wesentliches Zusätzliches bewirkt. Wir hatten bereits im letzten Jahr im Ausschuß gemeinsam ein Mehrjahresprogramm für die Kripo und die sogenannten Weyerlinge beschlossen. Der Herr Finanzminister hatte das zunächst im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt, um Ihnen eine "Spielwiese" und ein kleines Erfolgserlebnis zu ermöglichen. Wenn Sie Ihre Ankündigung wahr machen und tatsächlich mit diesen 300 Stellen kommen, dann können Sie sagen, Sie hätten etwas für die Polizei erreicht. Aber ich denke, das war nur eine Ankündigung, um die GdP bei Laune zu halten.

Wir selbst haben, meine Damen und Herren, zum Haushalt keine Anträge gestellt. Wir sind das übliche Spielchen leid: Was wir zusätzlich beantragt haben, zitieren Sie genüßlich; unsere Deckungsvorschläge an anderer Stelle zitieren Sie nicht, und so erklären Sie dann unsere Haushaltspolitik für unseriös.

Wir haben deshalb unsere Meinung zum Haushalt in Entschließungsanträgen vorgelegt oder werden sie noch vorlegen. Diese Anträge sprechen für sich; dazu brauche ich im einzelnen nichts zu sagen.

Lassen Sie mich abschließend aber noch zwei Punkte herausgreifen!

Sie werden auch einen Entschließungsantrag zur Eingangsbesoldung finden. Als der Bund die Eingangsbesoldung 1984 als Notmaßnahme zur Konsolidierung des Haushalts absenkte, haben Ihre Freunde in Bonn fürchterlich lamentiert und dem Bund schlimmste Vorhaltungen gemacht. Sie haben die sich daraus ergebenden Einsparungen kassiert und gegenüber den Verbänden auf den Bund verwiesen, Herr Innenminister. Jetzt sagt der Bund: Das muß nicht mehr sein; Notmaßnahmen können rückgängig gemacht werden, um zum Beispiel auch den Wettbewerb um gute Kräfte am Arbeitsmarkt bestehen zu können. Und dazu sagt nun Ihre Landesregierung im Bundesrat nein.

Herr Kollege Reinhard, stimmen Sie unserem Entschließungsantrag, den wir zur dritten Lesung stellen werden, zu. Dann werden Sie ein gutes Stück dazu beitragen, seit 1984 vorgetragene Forderungen der SPD in die Tat umzusetzen.

(Paus (CDU))

- (A) Übrigens erinnert mich das Spielchen, das hier läuft, sehr stark an das Gerangel, das wir um die Stellenobergrenze im mittleren Dienst erlebt haben.

Der Innenminister ist durch das Land gezogen und hat sich dafür ausgesprochen, und der Finanzminister hat im Bund selbst dann, als der Bund schon zugestimmt hatte, jeweils nicht zugestimmt und somit alles blockiert.

Letzter Punkt: Feuerschutzsteuer! Dazu hätte ich jetzt gern von Ihnen, Herr Innenminister, eine Antwort. Mit der Vorlage 10/1927 werden die Einnahmen im Haushalt des Finanzministers aus der Feuerschutzsteuer um 11 Millionen DM erhöht. Im Einzelplan 03 fehlt aber bislang eine entsprechende Erhöhung der Mittel für die Gemeinden, die ja einen Anspruch auf diese zweckgebundene Steuer haben. Wir erwarten, daß Sie hier eindeutig klarstellen, daß es eine gleich starke Erhöhung auch bei den Ausgabepositionen für die Gemeinden geben wird.

Noch ein letztes Wort an die Kollegin Frau Larisika-Ulmke von der F.D.P.-Fraktion! Wir haben Ihren Anträgen, die Sie, mit heißer Nadel genäht, am letzten Tag zur Sitzung des Innenausschusses vorgelegt haben, zugestimmt. Wir werden das auch heute hier tun. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß Sie das von uns seit langem propagierte und unterstützte Anliegen einer Funktionsbewertung bei der Polizei deutlich unterstützen wollen. Wir begrüßen das und empfinden es als positiv.

- (B) Ich denke aber, daß wir an dieser Position im Innenausschuß des Landtags letztlich noch daran werden feilen müssen, wie dieser Auftrag für eine unabhängige Kommission aussehen soll. Ich verspreche mir davon einiges für die Polizei.

(Trinius (SPD): Wird von der SPD-Fraktion genauso unterstützt!)

- Sehr schön!

Letzter Satz! Den Einzelplan 03, Herr Innenminister, lehnen wir ab, da er auf die dringenden Personalprobleme der Polizei keine Antwort gibt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Rohde von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, ich wollte vorhin bei Behandlung der Stellenpläne eine Erklärung

abgeben, bin aber nicht dazu gekommen. (C) Dann wollte ich eine persönliche Erklärung abgeben; Sie waren aber nicht anwesend. Nun sind Sie wieder hier. Deshalb will ich noch einmal auf die 1 100 neuen Stellen zu sprechen kommen, in bezug auf die Sie mir ja den Vorwurf gemacht haben - ich hatte vorhin nochmals mit Ihnen an der Bank darüber gesprochen -, ich hätte die Unwahrheit gesagt, und auch dem Herrn Kollegen Dautzenberg vorgeworfen haben, daß er die Unwahrheit gesagt habe. - Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Vorwurf hier zurücknehmen.

Sie mögen empfindlich reagieren, wenn ich rede, insbesondere, was die Aufarbeitung des Geiseldramas angeht. Aber das berechtigt Sie nicht, Anstandsregeln zu verletzen und mir Vorwürfe zu machen, die nicht zutreffen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wir alle konnten lesen, verehrte Kollegen von der SPD - ich erinnere mich noch ganz genau, als ich von der Feier zum 90. Geburtstag des Kollegen Georg Schulhoff hierher in das Landtagsgebäude zurückfuhr und wir eben wegen der Demonstration Schwierigkeiten hatten -, daß im WDR die Nachricht lief: 1 100 neue Stellen vom Innenminister der Polizei zugesagt! - Ich und wir alle haben gedacht: Das kann doch nicht wahr sein. Ich erinnere mich noch ganz genau an die Fahrt mit Herrn Klose, wobei wir uns gesagt haben: Das kann nicht stimmen; wir haben in den Haushaltsberatungen nichts davon gehört. (D) Wir kennen zwar die Erhöhung der Stellen im Haushaltsplanentwurf, der uns im September vorgelegen hat, wissen aber nichts von 1 100 neuen Stellen.

Dann lesen wir am nächsten Tag in den Zeitungen - ich zitiere nochmals -, so in den "Ruhrnachrichten" vom 1. Dezember 1988, Presseschau der Landesregierung:

Die nordrhein-westfälische Polizei wird im nächsten Jahr 1 100 zusätzliche Leute bekommen. Das kündigte Innenminister Herbert Schnoor gestern vor 3 000 Polizisten in Düsseldorf an. Der Finanzminister - so Schnoor - habe dieser Verstärkung der Polizei zugestimmt.

Das geht weiter mit der "Westfälischen Rundschau" in derselben Weise, weiter mit der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" in ebenfalls derselben Weise. Alle Zeitungen sind davon ausgegangen: Es sind 1 100 neue zusätzliche Stellen über den bisherigen

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Entwurf des Haushaltsplans hinaus geschaffen worden.

(Zustimmung des Ministers Dr. Schnoor)

Es hat auch kein einziges Dementi des Innenministers gegeben, der mit seiner Öffentlichkeitsarbeit ja sonst immer bei der Sache ist, und zwar außerordentlich schnell. Ich will jetzt nicht auf Verfahren zu sprechen kommen, Klageverfahren, wie auch immer. Sie haben die verloren. Aber ich habe dann gegenüber der "Westdeutschen Zeitung" gesagt - das sollten Sie vielleicht nachlesen, Herr Innenminister -:

Herr Schnoor weiß offenbar wieder einmal nicht, wovon er redet, kommentiert Achim Rohde, der gestern mit einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Johannes Rau um Aufklärung des Sachverhalts bat. Der Vorgang sei um so kurioser, als der F.D.P.-Antrag auf zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für die Polizei von der SPD-Mehrheit bereits in den Ausschußberatungen zum Haushalt abgelehnt worden sei.

Und dann heißt es ja - das bitte ich doch einmal nachzulesen, was die Wahrheit und auch die Korrektheit dieses Interviews und meiner Aussage angeht -:

Richtig ist, daß im Entwurf des 89er Landeshaushalts

- (B) - der heute in zweiter Lesung beraten wird -,

879 zusätzliche Stellen für die Polizei vorgesehen sind. Dies sei allerdings seit der Etatvorlage im September bekannt.

Also: "Neue Stellen" - und denen habe auf einmal der Finanzminister zugestimmt, und das kündigte der Innenminister an - kann ja wohl nicht heißen, daß das mit der schon längst bekannten Vorlage vom September dieses Jahres identisch ist!

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wenn der Innenminister nun von 1 100 neuen Stellen spreche, erwecke er bewußt oder unbewußt den Eindruck, die Situation der Polizei würde um diese Stellen zusätzlich verbessert. "Dies ist schon wieder eine Irreführung der Öffentlichkeit".

(Erneut Zustimmung bei der F.D.P.)

Herr Innenminister, da frage ich Sie doch: Dieser Eindruck ist bei allen entstanden, die

Zeitungen lesen, die den WDR hören, und Sie hatten doch mindestens vom 1. Dezember bis zum 6. Dezember, an dem ich das Interview gegeben habe - genauer gesagt: bis zum 5.; am 6. ist es erschienen -, die Möglichkeit, das klarzustellen. Sie haben es nicht klargestellt, weil Sie meinten, daß es günstig sei, wenn die GdP und die Polizei den Eindruck hätten, hier seien 1 100 neue Stellen geschaffen worden. Sie haben jedenfalls überhaupt nichts dementiert, nichts klargestellt. (C)

Ich bin weitergegangen und habe am 5. Dezember an den Ministerpräsidenten geschrieben:

Auf der Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei hat der Innenminister angekündigt, die nordrhein-westfälische Polizei werde im nächsten Jahr 1 100 zusätzliche Bedienstete bekommen, der Finanzminister habe dieser Verstärkung der Polizei zugestimmt. Ich gehe davon aus, daß diese Ankündigung von 1 100 zusätzlichen Stellen die Antwort der Landesregierung auf die Klage der Polizei ist, in dem im September vorgelegten Haushaltsentwurf für 1989 den besonderen Belastungen der Polizei insbesondere im Wach- und Wechselschichtdienst nicht annähernd Rechnung getragen zu haben. Wir begrüßen diese Absicht.

Und so weiter, und so weiter! Ich habe dann ausdrücklich den Ministerpräsidenten gebeten - ich lese das einmal weiter vor -:

Wir haben übermorgen die zweite Lesung des Landeshaushalts. (D)

Das ist ja heute.

Bis jetzt liegt uns kein Antrag der Landesregierung mit dem Inhalt vor, was Innenminister Schnoor vor der GdP erklärt hat. Ich wäre Ihnen, Herr Ministerpräsident, sehr verbunden, wenn Sie für eine sachgerechte parlamentarische Beratung dadurch Sorge tragen, indem das Parlament rechtzeitig Ihre Haushaltsabsichten übermittelt bekommt und diese nicht aus der Presse entnehmen muß.

Ich habe bis jetzt noch keine einzige Antwort des Ministerpräsidenten auf mein Schreiben!

(Minister Dr. Schnoor: Hört, hört!
- Zuruf von der SPD: Das ist ja ein Ding!)

- Ja, das mögen Sie ja sagen: Hört, hört! Das klingt ja auch unglaublich revolutionär, wenn Sie das sagen. Nur, Herr Innenmini-

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) ster: Das geht doch nicht an, daß ich sage: Sie erwecken den Eindruck - bewußt sage: Sie erwecken den Eindruck -, daß Sie das nicht dementiert haben, daß Sie die Zeit vom 1. bis zum 5. Dezember verstreichen lassen, ohne das klarzustellen, daß ich den Ministerpräsidenten bitte, mir das klarzustellen, mir zu sagen, daß er das nicht für notwendig hält, und daß Sie hier sagen, wir hätten die Unwahrheit gesagt.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück. Sie mögen empfindlich sein; aber Sie haben nicht das Recht - -

(Zuruf des Abg. Blumenberg (SPD))

- Also, verehrter Herr Kollege Blumenberg, wenn Sie sich die Öffentlichkeitsarbeit dieses Innenministers einmal ansehen! Sie haben diese moniert; ich sehe Ihnen das an.

(Zuruf von der SPD: Darüber ist ausführlich heute nachmittag gesprochen worden! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ja, das kann ich Ihnen sagen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben darüber in der letzten Sitzung des Ältestenrats gesprochen. Die Öffentlichkeitsarbeit des Innenministers ist gemeinsam, von allen Abgeordneten im Ältestenrat, auch von Ihren Kollegen, gerügt worden, der nämlich durch seinen Pressereferenten Briefe verteilen läßt, die ich an den Kollegen Worms, die ich an den Kollegen Farthmann, die ich an den Landtagspräsidenten geschrieben habe, und der meinen Brief an Herrn Nowotny verteilen läßt - er ist nicht autorisiert, ihn zu verteilen; ich weiß gar nicht, wie er daran kommt -, der den Brief von Herrn Nowotny an mich verteilt - und er ist nicht autorisiert -, der die Briefe des Landtagspräsidenten in der Sache an die Fraktionsvorsitzenden verteilen läßt - und er ist nicht autorisiert -, und der dann auch noch die Klagen verliert, die hier angestrengt werden. Und das soll korrekte Öffentlichkeitsarbeit sein?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte mir nicht die ganzen Rechtsverfahren ansehen, ich will mich auch nicht an ihnen beteiligen. Aber ich lege Wert darauf, daß diese unberechtigten Vorwürfe hier klargestellt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Herr Innenminister Dr. Schnoor. (C)

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Vorwürfe von Herrn Paus gehe ich nicht ein. Eine Klitterung von Halbwahrheiten, Herr Paus - und damit meine ich jetzt das, was Sie zur Kronzeugenregelung usw. gesagt haben -, gibt noch keine Wahrheit. Ich gehe nicht darauf ein.

Herr Rohde, Sie haben dem Ministerpräsidenten einen Brief geschrieben. Der Brief wird selbstverständlich beantwortet.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Wann denn?)

- Der Brief wird selbstverständlich beantwortet. Ich weiß nicht, wann der Ministerpräsident die Antwort erteilen wird. Aber natürlich wird er beantwortet.

Aber jetzt zu den übrigen Vorwürfen! Zu der Behauptung wegen der Öffentlichkeitsarbeit will ich nur eine Bemerkung machen. Ich habe überhaupt keine Klage verloren. Ich selber habe auch gar keine angestrengt, sondern es ist eine einstweilige Verfügung gegen meinen Pressesprecher ergangen. Es wird von meinem Pressesprecher mündliche Verhandlung beantragt werden, wie das immer ist. Und Ihrem Antrag, gegen mich eine einstweilige Verfügung zu erlassen, ist nicht entsprochen worden. Meine Damen und Herren, so ist es doch nun einmal.

(Aha! und Beifall bei der SPD - Dr. Rohde (F.D.P.): Ich habe doch keine Anträge gestellt! Was soll das denn?) (D)

- Ich spreche nicht von Ihnen, ich spreche von denjenigen, die eine einstweilige Verfügung beantragt haben. Sie haben ja gerade gesagt, ich hätte Prozesse verloren.

Was ich allerdings getan habe, meine Damen und Herren: Ich habe als Dienstherr und Dienstvorgesetzter zum Schutze von zwei Polizeibeamten, die beschuldigt worden sind, sie hätten vor dem Parlament die Unwahrheit gesagt, Strafantrag gestellt.

Bevor ich den Strafantrag gestellt habe, habe ich Herrn Kollegen Worms geschrieben und ihn gebeten, das zurückzunehmen. Wenigstens in dem einen Fall war es geradezu offenkundig, daß die Beschuldigung zu Unrecht bestand. Nachdem die Beschuldigung aufrechterhalten worden ist, habe ich Strafantrag gestellt. Dazu bin ich verpflichtet, meine Damen und Herren! Dabei geht es gar

(Minister Dr. Schnoor)

(A) nicht um mich, sondern um das Ansehen der Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Ich spreche also sonst nicht zum Haushalt; ich werde mir das ersparen.

Jetzt, Herr Rohde, zu meiner Äußerung vor der Veranstaltung der GdP und dem, was Sie heute gesagt haben. Sie haben hier eine Reihe von Kommentaren und Berichte zitiert. Da hieß es, der Innenminister habe erklärt: Die Polizei wird im nächsten Jahr rund 1 100 zusätzliche Leute haben. So ähnlich haben Sie zitiert. Richtig, so ähnlich habe ich es auch gesagt.

Ich will Ihnen dazusagen: Wie nun genau die Worte bei der GdP-Veranstaltung waren, weiß ich nicht, weil ich keine vorbereitete Rede in dem Punkt hatte. Aber Sie alle von der Opposition müssen ja sehr knapp dran sein, wenn Sie also jetzt noch nachsehen, wie wohl die Wortwahl im einzelnen in einer erregten Veranstaltung gewesen ist, bei der zugegebenermaßen 5 000 Polizisten mich ausgepiffen und gesagt haben: Es muß mehr Personal kommen.

Ich habe denen geantwortet: Es werden im nächsten Jahr rund 1 100 zusätzliche Kräfte kommen. Dies ist - und das sage ich Ihnen jetzt - mehr als das, was durch die Arbeitszeitverkürzung an zusätzlichem Personal erforderlich wäre. Ich habe aber überhaupt keinen Hehl daraus gemacht - auch dort nicht -, daß für die Arbeitszeitverkürzung unmittelbar nicht die Zahl an Stellen bereitgestellt worden ist, die auf die Arbeitszeitverkürzung entfällt. Daraus habe ich doch überhaupt keinen Hehl gemacht! Ich habe vielmehr gesagt: Es gibt rund 1 100 Einstellungen mehr als im laufenden Jahr. Dies ist die ganze Wahrheit!

Das habe ich vorhin im einzelnen vorgetragen. Ich wiederhole es, weil Sie nicht da waren, Herr Rohde: Der Planstellenvergleich und Stellenvergleich Haushalt 1989 zu Haushalt 1988 gibt 1 108 Stellen mehr.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Klar!)

Ob die nun mehr sind für die Zukunftsplanung für die 90er Jahre, ob die für die Arbeitszeitverkürzung sind oder ob wir ein größeres Schwergewicht auf die Kriminalitätsbekämpfung legen werden oder ob es mehr sind zum Personen- und Objektschutz, das kann doch völlig dahingestellt bleiben. Es geht doch nur darum: Ich habe gesagt, es gibt 1 100 mehr, und 1 108 Stellen gibt es

mehr. Was haben Sie eigentlich dagegen? (C)
Warum versuchen Sie, einem das Wort im Munde umzudrehen? Sind Sie so knapp dran mit Ihren Argumenten, daß Sie sogar hier nachsehen müssen?

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dorn zu?

(Minister Dr. Schnoor: Aber gern!)

Dorn (F.D.P.): Herr Minister, aus allen Berichten, die Vertreter der GdP bei ihren Heimatorganisationen gemacht haben, die an der Veranstaltung teilgenommen haben, geht hervor - und zwar liegen mir darüber Pressemeldungen aus vier verschiedenen Bereichen des Landes vor -, daß Sie gesagt haben sollen: Es gibt 1 100 neue Stellen.

(Minister Dr. Schnoor: Ach was!)

- Entschuldigung! Das ist die entscheidende Frage, um die es hier geht. Das wird überall in allen Tageszeitungen berichtet. Es kann ja wohl nicht so sein, daß das alles nur von einer Redaktion ausgegangen ist.

Dr. Schnoor, Innenminister: Aber, lieber Herr Kollege Dorn: Zugegebenermaßen war die dpa-Meldung nicht ganz präzise.

(Zurufe von der F.D.P.: Ach so! Aha!) (D)

- Moment! Glauben Sie, es hätte irgendeinen Protest der GdP gegen mich gegeben, wenn ich ihnen 1 100 neue Stellen versprochen hätte? Die haben doch insgesamt nicht einmal mehr gefordert! Also ist das doch ganz eindeutig gewesen: Es ging um 1 100 zusätzliche, die im Jahre 1989 hier sind, die im Jahre 1989 eingestellt werden können. Ich habe vorgetragen: Es sind 1 093 Beamte, die wir tatsächlich einstellen werden.

Aber ich sage noch einmal: Wir alle erleben doch, wenn wir Reden oder Vorträge halten, vor allem in erregten Veranstaltungen, daß es auch Mißverständnisse gibt. Das kommt ja alles vor. Insofern kann ich gut begreifen, Herr Rohde, daß es Mißverständnisse gibt, und ich räume Ihnen ja auch das Recht des Irrtums ein. Aber Sie nehmen das zum Anlaß, gegenüber der "Westdeutschen Zeitung" zu sagen: Der Innenminister kennt seinen Haushalt nicht einmal, er kennt nicht einmal seinen Laden; dieser Innenminister muß weg! Das dürfen Sie ja sagen; aber dann lassen Sie

(Minister Dr. Schnoor)

(A) sich doch bitte eine andere Begründung einfallen!

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie doch nun wirklich zugeben.

Also bleiben wir dabei: Sie haben das falsch verstanden. Ich wollte Sie, Herr Rohde, in dieser Sache überhaupt nicht persönlich kränken. Ich muß Ihnen sagen, Herr Rohde: Ich fand es ein bißchen kleinlich, daß Sie nun nachsehen, wie das da genau gewesen ist. Das ist wirklich ein bißchen kleinlich.

(Zustimmung bei der SPD)

Es sind in der Tat - und dabei bleibe ich - rund 1 100 zusätzliche Beamte, die wir in der Polizei im nächsten Jahr haben werden, mehr jedenfalls, als wir in diesem Jahr gehabt haben. Daran beißt keine Maus den Faden ab. Das ist eine Verstärkung der Polizei - und daß ich dies als Erfolg in einer Versammlung von Gewerkschaftern vortrage, das ist doch wohl verständlich!

Und nun gucken Sie umher und fragen: Wie war die Wortwahl wohl ganz genau? Hat er nicht doch vielleicht gesagt: neue Stellen? Waren es vielleicht nicht ganz 1 100? Nein! 1 093 können eingestellt werden, und 1 108 Stellen sind es. Das ist wirklich kleinkariert, meine Damen und Herren!

(B) (Schultz-Tornau (F.D.P.): Darum geht es doch gar nicht!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Innenminister, Herr Kollege Mietz möchte gern eine Zwischenfrage stellen.

(Minister Dr. Schnoor: Ja, aber gerne!)

Mietz (CDU): Herr Innenminister, ich frage Sie: Haben Sie bei diesen 1 093 Stellen - Sie sprechen ja immer von Beamten - die Angestellten- und Arbeiterstellen mit einbezogen, oder kommen die zusätzlich? Es wäre für mich von ausschlaggebender Bedeutung, das zu erfahren; dann stimmt nämlich Ihre Zahl wieder nicht. Dann sagen Sie doch bitte einmal, wieviel Abgänge die Polizei hat, damit wir endlich wissen, wie viele Neue nun wirklich eingestellt werden!

Dr. Schnoor, Innenminister: Also, Herr Mietz, ich weiß gar nicht, weshalb Sie sich so aufregen! - Ich habe auch nicht im einzelnen darüber gesprochen, ob es Beamtenstellen, ob es Planstellen sind.

(Erregter Zuruf des Abg. Mietz (CDU))

(C) - Nein! Herr Mietz, das ist doch alles kleinkariert! Ich habe darüber gesprochen: Es kommen 1 100 zusätzliche Leute. Und so ist es doch auch.

(Mietz (CDU): Es sind neue Stellen, haben Sie gesagt! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Herr Mietz, waren Sie denn eigentlich dort?

(Erneuter Zuruf des Abg. Mietz (CDU))

- Lieber Herr Mietz, regen Sie sich bitte nicht auf! Ich habe vorhin in der Debatte über den Stellenplan im einzelnen die Zahlen vorgelesen. Soll ich sie denn noch einmal vorlesen? Ich glaube sogar, Herr Worms schüttelt hier den Kopf; das sollte ich also nicht tun.

(Dr. Worms (CDU): Herr Schnoor, könnten Sie uns nicht eine Nachricht geben über das Unglück in Remscheid, das vorhin mitgeteilt worden ist? Welche Informationen gibt es darüber? Ich weiß davon bisher noch nichts. Gibt es da schon irgendeine Reaktion? - Das können Sie uns doch sagen; so nervös brauchten Sie nicht zu sein.)

- Nein, ich bin weniger nervös, als Sie es vielleicht haben möchten, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU) (D)

Ich möchte eigentlich, meine Damen und Herren, damit meinen Beitrag zu meinem Haushalt abschließen. Ich habe eine vorbereitete Rede hier vor mir über die Verbesserungen, die in meinem Haushalt zugunsten der Polizei enthalten sind. Ich erspare mir, das vorzutragen.

Aber gestatten Sie mir eine abschließende Bemerkung auch über eine Angelegenheit aus meinem Geschäftsbereich.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Die Briefe!)

Ich nehme an, daß wir dieses Thema hier in aller Ruhe ansprechen können.

Der Herr Präsident hat vorhin auf die schreckliche Katastrophe hingewiesen, die sich in Remscheid ereignet hat. Ich habe bisher noch keinen Überblick über das, was in Remscheid geschehen ist. Die Berichte, die ich zwischendurch hier bekommen habe, sind widersprüchlich.

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Das, was bisher für mich feststeht, ist, daß etwas vor 13.30 Uhr eine amerikanische Maschine dort in einem Wohngebiet abgestürzt ist, daß diese Maschine Kampfmunition an Bord hatte, die explodiert ist. Es sind mehrere Häuser beschädigt, wenn nicht gar völlig zerstört. Es war die Rede von zwölf Häusern, die beschädigt seien, und von sechs Häusern, die zerstört sind; ich weiß das im einzelnen noch nicht.

Ich muß nach den Berichten davon ausgehen, daß auch Opfer zu beklagen sind.

Der Ministerpräsident ist nach Remscheid gefahren, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Ich werde das nachher - nach der Debatte über den Einzelplan 03 - tun. Beide Oppositionsfraktionen hatten mir angeboten, ich könnte vorher fahren. Davon habe ich keinen Gebrauch gemacht. Ich finde es sehr fair und sehr korrekt, daß Sie mir dieses Angebot gemacht haben, aber dies scheint mir nicht notwendig zu sein. Denn ich kann unmittelbar nichts regeln. Die Dinge werden durch den Katastrophenstab in Remscheid und durch den Regierungspräsidenten geregelt.

Ich habe den Staatssekretär gebeten, sich zu unterrichten, ob nicht noch zusätzliche Hilfe erforderlich ist. So ist es, glaube ich, früh genug, wenn ich nach der Debatte dorthin gehe.

- (B) Das Geschehen scheint aber schlimme Ausmaße zu haben - nach dem, was ich bisher weiß. Sie werden verstehen, daß mich dies auch nicht ganz unberührt läßt. Ich muß im Grunde wie jeder, der in einem solchen Bereich Verantwortung trägt, damit leben, daß es Katastrophen gibt, die man vorher nicht verhindern kann, Katastrophen, die Opfer mit sich bringen, und daß es auch andere schreckliche Ereignisse gibt, die zu Opfern führen.

Ich bitte um Verständnis, vor allen Dingen die Kollegen von der SPD, wenn ich nachher nicht mehr anwesend bin. Ich würde dann gern nach Remscheid fahren.

Aber ich sage dies nicht - das betone ich hier auch -, um irgendein Entgegenkommen in der politischen Auseinandersetzung zu haben. Sie wissen, daß ich dies nicht erwarte. Aber mir schien es notwendig zu sein, die Debatte über den Einzelplan 03 nicht vorübergehen zu lassen, ohne daß der hier auch für diesen Bereich Verantwortliche dazu ein Wort sagt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Frechen das Wort. (C)

Frechen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht sollte man anlässlich des Geschehens, über das uns der Innenminister informiert hat, die Diskussion etwas abkürzen, und vielleicht sollte man auch in der Art und Weise des Umgangs miteinander beherzigen, daß angesichts solcher Ereignisse die Probleme viel kleiner werden, als wir sie möglicherweise ursprünglich gesehen haben.

Nichtsdestoweniger meine ich, man sollte doch einiges zu dem sagen, was insbesondere von Ihnen, Herr Paus, aber auch von Ihnen, Herr Rohde, anlässlich der Beratung des Einzelplans 03 geäußert worden ist.

Ich dachte, an sich wäre gestern die große Generaldebatte gewesen, beim Einzelplan 02; da wären im wesentlichen die politischen Verantwortlichkeiten verteilt worden. Da war die erste Garnitur am Werke - und heute, Herr Paus, sind wir dran.

(Zurufe von der CDU: Das machen wir schon! - Gegenrufe von der SPD)

Ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie sich weniger um den Haushalt gekümmert und zur Sache gesprochen haben, als daß Sie die Diskussion über Einzelplan 03 mißbrauchen, um in recht unqualifizierter Form wiederholt den Innenminister anzugreifen. (D)

Herr Paus, die von Ihnen vorgetragenen Anwürfe sind hier wiederholt diskutiert worden - im Plenum, in Kleinen Anfragen, im Ausschuß - und haben sich als haltlos erwiesen. Mit dem Haushalt hat das nichts zu tun. Ich kann nur vermuten, daß das Teil der schmutzigen Kampagne ist, die Sie, die Ihre Fraktion oder Teile Ihrer Fraktion mit falschen Behauptungen und mit unredlichen Mitteln fortführen.

(Dr. Pohl (CDU): Das ist frech!)

Ich hoffe, Herr Paus, daß Sie das, was Sie heute hier vorgetragen haben, doch noch einmal auf seine Glaubwürdigkeit hin untersuchen. Ich hatte, Herr Pohl, ganz andere Formulierungen vorgesehen.

(Dr. Pohl (CDU): Eijaja, noch schlimmer?!)

- Sie kennen mich nicht.

(Dr. Pohl (CDU): Doch, ich habe Sie auf einer Podiumsdiskussion als einen liebenswürdigen Kollegen kennengelernt.)

(Frechen (SPD))

- (A) - Dann können Sie sich vorstellen, wie erstaunt ich über das bin, was Ihr Kollege Paus vorgetragen hat, den ich persönlich auch ganz anders kenne. Ich kann mir deshalb nicht vorstellen, daß das alles von ihm selbst gekommen ist. Vielmehr habe ich das Gefühl, daß er sich hat schicken lassen. Sein Beitrag war, wie ich glaube, persönlichkeitsfremd.

Herr Paus, Sie sind nicht auf den Haushaltsplan insgesamt und nicht auf den Einzelplan 03 eingegangen. Warum? Es war eigentlich verständlich, denn Sie haben auch keine Anträge zum Einzelplan 03 gestellt. Im Gegenteil: Sie haben unseren Anträgen zugestimmt. Und, Herr Paus, wenn Sie fair gewesen, wenn Sie hier aufrichtig gewesen wären, dann hätten Sie darauf verwiesen, daß wir nicht nur im Einzelplan 03, sondern auch in allen anderen Haushalten, insbesondere in den Personalhaushalten, unter den finanziellen Restriktionen leiden, die, wie Sie wissen, der Bund zu verantworten hat.

(Paus (CDU): So einfach ist das?!)

- Nicht nur, Herr Paus. Wir müssen mit dieser Situation leben. Aber wenn wir halt weniger haben, müssen wir auch mit weniger auskommen. Wenn Sie vor diesem Hintergrund den Einzelplan 03 betrachten, dann kann man so unzufrieden mit dem nicht sein, was bisher im Ausschuß beschlossen worden ist bzw. was im Haushaltsplanentwurf vorgeschlagen ist.

- (B) (Tschöeltsch (F.D.P.): Wir haben doch mehr Einnahmen!)

Jetzt noch einmal zu den Zahlen. Ich glaube, Herr Rohde ist wieder nicht anwesend. Er hat ja auch heute nachmittag durch Abwesenheit gegläntzt, hat sich dann aber zur Sache sehr dezidiert geäußert. Wahrscheinlich hat er eine prophetische Gabe oder das magische Auge; ich weiß es nicht. Jedenfalls ist heute nachmittag sehr differenziert von einigen Rednern unserer Fraktion - ich erinnere an die Kollegen Walsken und Trinius - dargestellt worden, wie sich diese Zahlen zusammensetzen. Ich meine: Gutes darf man durchaus wiederholen.

Gemäß diesen Zahlen ist es so, daß zunächst 690 Einstellungsermächtigungen vorgesehen waren, die auch 1988 etatisiert waren. Aufgrund einer weiter fortgeschriebenen Personalbedarfsrechnung sind 510 Einstellungsermächtigungen hinzugekommen. Dazu sind von der Landesregierung 300 Einstellungsermächtigungen zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung vorgeschlagen worden. Ferner gibt es 83 Einstellungsermächtigungen

durch den Kabinettsbeschluß vom 25.10. und 50 Einstellungsermächtigungen durch unseren Antrag im Ausschuß für Innere Verwaltung. Das macht 1 633 Einstellungsmöglichkeiten für Polizeianwärter in 1989. (C)

Wenn Sie nun die eben erwähnten 690 abziehen, dann haben wir 943 mehr als 1988.

(Trinius (SPD): Einstellungsermächtigungen!)

Hinzu kommen 83 Angestelltenstellen und zwei weitere Angestelltenstellen beim LKA. Das sind zusammen 1 028 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Polizei in 1989. Dazu kommen jetzt noch die 80 Angestelltenstellen für die Fluggastkontrolle, so daß wir auf 1 108 Stellen kommen. Das nur zu der Zahl, die vorgetragen worden ist.

Ich finde es in gewisser Weise etwas - wie soll ich es ausdrücken, Herr Dr. Pohl, damit ich mir nicht wieder Ihren Zorn zuziehe? - wenig problembewußt, daß eine so große Partei wie die Ihre hingeht und sich in einem semantischen Streit darüber verliert, ob es Stellen oder Beschäftigungsmöglichkeiten sind, anstatt daß Sie froh sind, daß bei der Polizei so viele Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, und dies angesichts der Tatsache - wie wir heute nachmittag gehört haben -, daß andere Länder gar keine Einstellungen vornehmen bzw. Einstellungen in sehr viel begrenzterem Umfang als wir das in Nordrhein-Westfalen tun. (D)

Wenn Sie wollen, kann ich noch einen daraufsetzen. Wenn wir nämlich zu diesen 1 108 noch 250 freiwerdende und wiederbesetzbare Angestellten- und Arbeiterstellen rechnen und die eben erwähnten 690 nehmen, dann kommen wir auf fast 2 000 Stellen, die für 1989 als zusätzliche Möglichkeiten im Einzelplan 03 zur Verfügung stehen.

(Schumacher (Kall) (CDU): Das ist Semantik!)

Ich will gar nicht verkennen, daß die Polizei einen großen Bedarf hat. Das sehen wir genauso wie Sie. Insbesondere betrifft das die Aufgabenfelder, die der Polizei in jüngster Zeit stärker zuwachsen. Ich nenne die Umweltkriminalität, ich nenne die Wirtschaftskriminalität, ich nenne aber auch die verstärkte Bekämpfung des organisierten Verbrechens, des Mob. Hierfür benötigen wir nicht nur mehr, sondern auch besser qualifizierte Beamte. Das ist uns bekannt. Und wir haben ja, wenn auch in bescheidenem Umfang, die Kriminalpolizei schon im vergangenen Jahr mit 50 Stellen verstärkt, und wir werden das

(Frechen (SPD))

- (A) auch in diesem Jahr fortführen und es auch in den kommenden Jahren so halten. Wir haben die Stellen in der Besoldungsgruppe A 9 des gehobenen Dienstes ausgebracht. Wir haben weiterhin im Einklang mit der F.D.P. für 100 sogenannte Weyerlinge die Möglichkeit zur Beförderung geschaffen. Und wir haben im Hinblick auf die Besetzungssperre einen ersten Schritt getan, indem wir vorgeschlagen haben, daß Angestelltenstellen nicht mehr der Besetzungssperre unterliegen, sofern Polizeibeamte aus dem aktiven Dienst diese Angestelltenarbeiten für die Zeit der Besetzungssperre wahrnehmen müssen. Es ist auch heute nachmittag schon angedeutet worden, daß wir überlegen, inwiefern das Instrument der Besetzungssperre im Polizeibereich, aber auch in allen anderen Bereichen, auf Dauer noch sinnvoll ist.

Aber Sie wissen genauso gut wie ich, daß das ein finanzielles Problem ist.

Meine Damen und Herren, auch außerhalb des Polizeibereichs gibt es eine Stellenanhebung. Ich verweise auf die 20 Stellen für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Hier waren wir der Auffassung, daß der Mindestanteil an hauptamtlichem Unterricht nachhaltig unterschritten war. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Wir sind der Auffassung, daß hier auch in den nächsten Jahren etwas getan werden muß.

- (B) Bleibt mir am Ende noch darauf hinzuweisen, daß die Arbeit im Ausschuß im Grunde sehr viel sachlicher, sehr viel fruchtbarer gewesen ist, als es heute den Anschein hatte, wenn ich insbesondere Ihre Ausführungen, Herr Paus, aber auch die Rechtfertigungsversuche von Herrn Rohde zugrunde lege.

(Beifall bei der SPD - Abg. Paus (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Paus, es ist leider nicht mehr möglich, eine Zwischenfrage zu stellen, da der Redner bereits geendet hat. - Sollte das eine ordentliche Wortmeldung gewesen sein?

(Paus (CDU): Nein!)

Als letzte Rednerin zu Einzelplan 03 erteile ich Frau Larisika-Ulmke von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben Verständnis dafür, daß der Innenminister jetzt nicht mehr anwesend sein kann. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß wir sehr dankbar dafür sind, daß jetzt die Klarstellung

erfolgt ist, obwohl sie unserer Meinung nach früher hätte erfolgen können und müssen, damit diese unglückliche Diskussion gar nicht erst in Gang gekommen wäre. (C)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, ich zitiere:

Die Polizei ist Reparaturbetrieb für fehlgelaufene Entwicklungen. - Polizeiliche Arbeit ist nur noch Verwaltung des Mangels. - Von Bürgernähe kann keine Rede sein. - Die Polizei kann insbesondere im ländlichen Raum präventiven Aufgaben nicht nachkommen. - Die Polizei muß bei primitiver Unterbringung Dienst versehen. - Die Fortbildung der Polizei muß verstärkt werden. - Eine Spezialisierung ist dringend erforderlich. - Eine Funktionsbewertung der Polizei ist überfällig. - Die Beförderungssperre bei ständiger Aufgabensteigerung berührt die Frage der Verfassungsmäßigkeit.

Diese Aussagen stammen nicht von mir, auch nicht von einer schwarzmalenden Opposition. Vielmehr haben das kürzlich führende Vertreter der Polizei bei einer Anhörung hier im Hause gesagt.

Ich möchte wiederholen, was ich bereits im Innenausschuß gesagt habe: Über ein Jahr lang haben wir geredet, geredet, geredet über die innere Sicherheit. Wir haben die Große Anfrage vorgelegt; sie ist beantwortet worden. Das war keine Beschäftigungstherapie für arbeitslose Dienststellen- oder Behördenleiter, damit die endlich etwas zu tun haben. Wir alle - wir, Sie und, wovon ich ausgehe, auch das Innenministerium - haben uns schon etwas dabei gedacht. Im vorigen Jahr noch ist die Große Anfrage vom Innenminister sehr gelobt worden; damals war sie allerdings auch noch nicht beantwortet. Wir haben gehofft, da kommt nun etwas über. (D)

Aber was ist denn übergekommen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, nämlich die großen Probleme anzugehen, die mehr und mehr auf uns zukommen und die teilweise eben auch schon vorhanden sind - Herr Kollege Frechen hat mit Recht darauf hingewiesen -: die Umweltkriminalität, organisiertes Verbrechen, aber auch die Drogenprobleme.

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Walsken - ich muß bedauern, daß das von Herrn Trinius auch noch bestätigt worden ist -, halte ich es für einen bemerkenswerten Beweis von Unkenntnis, hier so dezent anzudeuten, zur Entlastung der Polizei könnte man

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) den Drogenkonsum entkriminalisieren, mit dem Hinweis, daß das in den Niederlanden - da ist es in der Tat der Fall -, aber auch in den USA so sei. Das aber ist meiner Meinung nach genauso naiv, wie wenn man sagen würde: Der schwere Diebstahl beginnt bei 500 Kilogramm.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Das ist wirklich eine unglaubliche Naivität, auch in Anbetracht der Tatsache, daß der Innenausschuß gerade in den USA war und dort von diesen Bestrebungen weiß Gott nichts gehört hat.

Der Innenminister hat es mir im vergangenen Jahr verübelt, daß ich ihm und seinem Hause mangelnde Konzeption vorwerfe. Wenn er mir das verübelt, dann muß er mir aber auch aufzeigen, wo denn diese Konzeption ist. Was ist das denn für eine Konzeption, wenn immer wieder nachgebessert und wenn immer einmal wieder ein bißchen draufgelegt wird, ohne genau zu begründen, warum und weshalb?

Es kann doch nicht wahr sein, daß wir im Innenausschuß Anträge, unter anderem auch zur Funktionsbewertung, stellen, die von der SPD-Fraktion zunächst einmal abgelehnt werden - der Staatssekretär hat seine Einwände -, und es über Nacht bei der Demonstration der Polizisten dem Innenminister dann plötzlich doch einfällt, daß man das tun könnte. Gerade mit der Funktionsbewertung der Polizei könnte man die Aufgabe zunächst einmal aufnehmen, erarbeiten und dann feststellen, in welche Richtung wir gehen wollen.

(B)

Personalplanung ist im Hause des Innenministers nicht erkennbar, auch wenn jetzt wie viele Stellen auch immer hinzukommen. Wir sind der Meinung, daß mehr Personal notwendig ist, auch weil neue Aufgaben auf die Polizei zukommen. Deswegen haben wir - im übrigen mit einem Deckungsvorschlag - Anträge für mehr Personal gestellt. Wir müssen aber feststellen: Im Innenministerium ist keine sichere Planung vorhanden. Statt dessen kommt Unruhe auf, zum Beispiel bei der belastungsbezogenen Stärkeberechnung. Es kann nicht Aufgabe der Opposition sein, die Schularbeiten der Landesregierung zu machen.

Wir haben in der Anhörung auch gehört, daß die Vorgangsbelastung in den letzten 20 Jahren um über 50 % angestiegen ist. Daneben müssen wir das Ausmaß zusätzlicher Aufgaben sehen; auch darauf hat Herr Kollege Frechen hingewiesen. Wir wissen, daß die sogenannte Qualität der Delikte erheblich

gestiegen ist. Deshalb frage ich den Innenminister: Was kommt denn jetzt einmal an grundsätzlicher Planung über?

(C)

Daneben gibt es eine Reihe weiterer Ärgernisse innerhalb der Polizei: die Schwierigkeiten des Wechseldienstes sind hier angesprochen worden, die unzureichende Unterbringung, der Frust der Beamten durch wahrhaft kleinliche Einsparungen - das darf ich einmal an die Adresse des Finanzministers sagen - beim Dienstkraftfahrzeug, bei der Kleiderzulage, bei der Fahndungskostenpauschale.

Das sind keine Wahnsinnsbeträge, aber die Beamten vor Ort belastet es im einzelnen doch, und die frustriert es dann auch. Ich beklage, Herr Innenminister, dies zum wiederholten Male, weil gerade wir als F.D.P.-Fraktion, so denke ich, immer wieder - das sage ich auch zur SPD-Fraktion, und Herr Frechen bestätigt das ja: Die Diskussion im Ausschuß war im großen und ganzen sachlich - doch sehr viel Unterstützungsbereitschaft gezeigt haben. Wir haben Zustimmung gezeigt, gelegentlich auch gegen die Stimmen der CDU. Gemeinsam haben wir doch diese Aufgaben fortführen wollen.

Und wenn dann der Innenminister das Angebot zur Zusammenarbeit nicht annimmt, sondern meint, die Opposition nicht einbeziehen zu müssen, auch nicht bereit ist, aufeinander zuzugehen - das haben ja gerade die letzten Tage gezeigt; man hätte so doch Dinge abbauen können, die gar nicht erst eskalieren müssen -, dann darf man sich nicht wundern - Herr Kollege Reinhard, das sage ich auch in Ihre Richtung -, wenn die Auseinandersetzungen härter und intensiver werden.

(D)

Der Innenminister, bestätigt auch durch den Ministerpräsidenten, sagt immer wieder schlicht und ergreifend: "Wir lassen uns an Liberalität nicht überbieten" - spricht: Wir brauchen euch, wir brauchen die Opposition nicht. Aber das ständige Betonen: "ich bin ich liberaler Innenminister", meine Damen und Herren, macht doch eigentlich das Dilemma des Innenministers deutlich, daß er es nämlich nicht ist.

Warum hat dieser Innenminister nicht die innere Freiheit zu sagen: Ich bin ein sozialdemokratischer Innenminister? Weil er weiß, wie gut die vorherigen Innenminister waren, deren Tradition er gern fortsetzen möchte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir wollen auch einen liberalen Innenminister. Aber dieser Innenminister soll doch zu seiner

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) Tradition stehen! Das ist meiner Meinung nach der Bruch. Und das muß einen doch stutzig machen.

Meine Damen und Herren! Das Gladbecker Geiseldrama meine ich hier nicht aufarbeiten zu müssen - da gebe ich Ihnen recht, Herr Reinhard -; das machen wir im Untersuchungsausschuß. Da wird noch einiges zu tun sein. Aber, das möchte ich auch in aller Deutlichkeit sagen: Wir werden nicht nur das Geschehen als solches aufarbeiten müssen, sondern wir werden auch aufarbeiten müssen, wieweit es zutrifft oder ob es nicht zutrifft, daß die Polizeiführung entscheidet, ob der Innenminister und - weitergehend - das Parlament unterrichtet wird oder nicht. Ich meine, das darf nicht sein, das darf nicht wahr sein. Wir leben schließlich nicht in Lateinamerika.

Mehr will ich zu dem Themenkomplex Gladbeck nicht sagen - nicht, wie einige von Ihnen angenommen haben, weil ich das nicht darf oder weil meine Fraktion das nicht möchte. Ich habe mich dafür entschieden, zunächst zu schweigen, weil es für mich als Kollegin derjenigen, die da im Einsatz waren, einfach eine Stilfrage ist. Und daß das, meine Damen und Herren, von einigen hier nicht verstanden wurde - das sage ich ganz offen -, wundert mich auch nicht mehr, geht man meiner Meinung nach doch in diesem Hause mit Stilfragen in der letzten Zeit sehr, sehr großzügig um. Ich gebe zu: auf allen Seiten, sicherlich. Aber woran liegt das denn? Liegt das daran - und die Frage stelle ich hier nicht nur uns, sondern auch den Medien, die nicht da sind, die dieses Thema auch nicht interessiert -, daß nur noch der registriert wird, der auf die Pauke haut, der schreit, der in Polemik macht, und daß Zustimmung, Zusammenarbeit, moderate Töne uninteressant sind? Das macht mich so nachdenklich in der letzten Zeit bei diesen Diskussionen, die wir hier führen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren! Ich frage das bewußt im Zusammenhang mit dem Einzelplan 03. Da geht es um die Polizei. Und wenn wir uns hier mit Polemik überhäufen, dann sitzen auf den Tribünen häufig junge Menschen, die mit ihren Problemen fertig werden sollen, die möglicherweise schon einmal demonstriert haben, die die Sorgen um den Arbeitsplatz, um den Studienplatz haben, von denen wir verlangen, daß sie sich friedfertig verhalten und daß die Polizei ihnen moderat begegnet. Wie können wir das von anderen verlangen, wenn wir selbst die leisen Töne verlernen?

Ich meine, wir sollten alle gemeinsam darüber nachdenken und nicht mit dem Finger aufeinander zeigen - ihr seid das doch! -, sondern auch einmal Ursachenforschung betreiben. Und ich denke, meine Damen und Herren, etwas mehr Achtung voreinander ist vielleicht auch der erste Schritt zur inneren Sicherheit. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Riemer: Es hat sich jetzt noch Herr Kollege Kuhl von der Fraktion der F.D.P. gemeldet.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren! Nach den Vereinbarungen im Ältestenrat ist das zulässig.

Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja bezeichnend für das Gemurmel bei Ihnen, daß Sie gar nicht gewillt sind, sich mit vielen Dingen auseinanderzusetzen. Ich denke nur an gestern, als Sie über alle Vereinbarungen hinweggegangen sind. Dies, was ich jetzt tue, ist vereinbart gewesen. Insofern war Ihr Gemurmel sicherlich überflüssig.

Ich will die Gelegenheit nutzen, einmal über einen kleinen Bereich in diesem Haushalt zu reden, nämlich über den Etat des Katastrophenschutzes und des Feuerschutzes. Ich will Sie erinnern, daß, als die Feuerschutzsteuer am 16. November 1979 vom Bundestag beschlossen wurde, einer Ihrer Kollegen, nämlich der SPD-Abgeordnete Dr. Weber, der Hoffnung Ausdruck verliehen hat, daß nunmehr mit Einbringung der Feuerschutzsteuer den Kommunen gezielter und besser geholfen werden kann, als das vor dem 16. November 1979 geschehen war.

Sie wissen, daß der Feuerschutz vorher Sache der Kommunen war und die Gemeinden überörtliche Aufgaben wahrzunehmen hatten. Dem Land Nordrhein-Westfalen obliegt die Förderung des Feuerschutzwesens in jeder Form, und die Kostenträgerschaft obliegt grundsätzlich den jeweils zuständigen Auftraggebern. Das heißt, daß das Schwergewicht der Feuerschutzaufgaben und damit auch der Kosten bei den Kommunen liegt. Da wäre es aber dann auch nur konsequent, wenn die gesamten Mittel aus der Feuerschutzsteuer den Kommunen zur Verfügung gestellt würden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Trotz der kontinuierlichen Zunahme dieses Steueraufkommens in den vergangenen Jahren

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) hat das Land immer mehr Geld einbehalten: 1981 21 % und 1986 28 %, die für landeseigene Aufgaben ausgegeben wurden. Im Haushalt 1989 ist nur noch der Ansatz von 74 Millionen DM enthalten. Aber wer nun denkt, daß die Zuschüsse an die Kommunen wenigstens gleich bleiben, irrt natürlich; denn dieses Weniger beim Gesamtaufkommen wird von der Landesregierung sofort bei den Kommunen abgezogen und einbehalten. Ich finde dies den Kommunen gegenüber ein sehr schändliches Verfahren.

Ein verantwortungsvoller Minister müßte eigentlich dieser Entwicklung gezielt gegensteuern, weil nämlich den Kommunen viele Mittel verlorengehen und sie vor allen Dingen dadurch den Feuerschutz auf Dauer nicht mehr ausreichend gewährleisten können. Das ist in der Tat ein großes Problem.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Kuhl (F.D.P.): Ja, selbstverständlich.)

- Herr Paus, bitte.

Paus (CDU): Herr Kollege Kuhl, teilen Sie meine Auffassung, die ich in meinem Redebeitrag vorgetragen habe, daß die Erhöhung der Einnahmen des Landes aus der Feuerschutzsteuer von 11 Millionen DM, die sich in der Haushaltsvorlage 10/1927 niederschlägt, voll und ganz an die Gemeinden weitergegeben werden müßte und daß wir das gemeinsam sicherstellen müssen?

(B)

(Frau Friebe (SPD): Das hat er doch gerade gesagt!)

Kuhl (F.D.P.): Ich teile Ihre Auffassung in dieser Frage hundertprozentig. Ich habe das ja auch gerade, zwar nicht mit der Haushaltsstelle, aber vom Grundsatz her so ausgeführt.

Das Problem dabei ist die Tatsache, daß das Land seine Aufgaben aus dem Feuerschutzhilfsleistungsgesetz hundertprozentig aus eben dieser Feuerschutzsteuer bezahlt, die Kommunen aber, wie gesagt, nur eine Anteilsfinanzierung erhalten. Dabei fällt natürlich besonders die Landesfeuerweherschule Münster ins Gewicht und auch die Beschaffung der Feuerwehr-Ehrenzeichen; diese Stiftung hat das Land ja einmal eingerichtet, nur finanziert das Land dies nicht, sondern nimmt die Mittel den Kommunen gleich wieder weg. Das stößt in der Tat draußen im Lande auf allgemeines Unverständnis; das muß man hier wieder einmal sehr deutlich sagen.

Es kommt eines hinzu - auch das wird, denke ich, immer wieder von der SPD-Fraktion verkannt -, daß nämlich dieser zusätzliche Betrag, wenn die gesamten Gelder aus der Feuerschutzsteuer den Kommunen zufließen würden, ein erhebliches Mehr an Investitionskraft in den Kommunen bedeutet, weil die dann, weil es eine Anteilsfinanzierung ist, zusätzliche Mittel darauflegen müßten. Hier wäre also ein weiterer Betrag von einigen Millionen Mark jährlich im Investitionsbereich möglich. (C)

(Tschöeltsch (F.D.P.): Dringender Bedarf!)

- Das ist dringender Bedarf, völlig richtig, Herr Kollege Tschöeltsch.

(Apostel (SPD): Herr Kollege Kuhl, was kosten die Feuerwehr-Ehrenzeichen?)

- Die Landesfeuerweherschule, das ist der größte Betrag. Aber selbst bei den Feuerwehr-Ehrenzeichen - das sind Minimalbeträge - drückt sich das Land vor der Verantwortung.

(Lachen bei der SPD)

Wissen Sie: Wenn ich etwas beschließe, dann muß ich das auch finanzieren und darf die Finanzierung nicht auf andere abwälzen. Da spielt es keine Rolle, ob es 10 Millionen DM oder 100 DM sind. Das ist der Punkt.

(Zuruf von der SPD: 10 Mark!) (D)

- Aber das ist eben so, wie Sie mit dem Geld fremder Leute umgehen. Das können Sie doch immer wieder, gerade in diesen Haushaltsberatungen, erleben.

(Hunger (SPD): Der Bund beschließt, und wir müssen bezahlen!)

- Ach, Herr Hunger, hören Sie auf! Ihre Einwände im Laufe der zwei Tage habe ich alle zur Kenntnis genommen. Einer Ihrer Minister, Herr Zöpel, hat vorhin von der Intelligenz bei Ihnen gesprochen. Daran sollten Sie sich vielleicht einmal erinnern, und dann machen Sie andere, qualifiziertere Zwischenrufe!

(Zurufe von der SPD)

Nach Auffassung der Landtagsfraktion der F.D.P. muß das Land aufhören, sich hier auf Kosten der Kommunen einseitig zu finanzieren. Ich darf auch den Innenminister daran erinnern: Jedes Jahr, wenn er den Bericht über den abwehrenden und vorbeugenden

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) Brandschutz im Lande Nordrhein-Westfalen vorlegt, dankt er den Feuerwehrangehörigen für deren Leistungen, die sie täglich vollbringen. Herr Innenminister, den Dank sprechen wir ebenfalls aus. Das haben wir schon oft genug getan. Aber, honorieren Sie diesen Dank endlich auch, indem Sie diesen Leuten, die täglich ihr Leben aufs Spiel setzen, und zwar für keinen Lohn - die freiwilligen Feuerwehrleute bekommen nichts dafür -, Ausrüstungen anschaffen, um sie in den Stand zu setzen, ihre Aufgaben anständig bewältigen zu können. Es gibt auf diesem Gebiet sehr viel zu tun. Ich denke an den Bereich des Umweltschutzes, wo auf die Feuerwehren vielfältige Aufgaben zukommen, für die sie aber die Ausrüstungsgegenstände nicht haben, weil das Land ihnen die Gelder dafür vorenthält.

Deshalb, noch einmal - damit will ich schließen -: Lassen Sie nicht, wie es in Wuppertal nachzulesen war und in anderen Kommunen vorkommt - die Feuerwehr bei Einsätzen mit 15 Autos, aber nur 14 Leuten herausfahren. Jetzt werden Sie mir vorrechnen: da fehlt ja einer - und genau das ist das Problem. Da werden nur die Scheiben besetzt, und in der Mitte sitzt keiner. Vor Ort, wo die Leute gebraucht werden, auch für die Rettung anderer, sind keine Leute vorhanden - und dies alles, weil die Landesregierung die Lösung dieses Problems einfach verschläft.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (B) Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3671 ab; Stichwort: Stellen für den Pollizeldienst. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Entwurf des Einzelplans 03 - Innenminister - ab. Wer dem Entwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3803 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, meine Damen und Herren, hat Herr Kollege Reichel um die Gelegenheit gebeten, eine Erklärung nach § 62 der Geschäftsordnung abgeben zu dürfen. Ich erteile ihm das Wort.

(C) Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der gestrigen Debatte über den Einzelplan 06 - Wissenschaft und Forschung - hatte ich Frau Ministerin Brunn vorgeworfen, sie würde es so darstellen, als hätte die Opposition die katastrophale Überlast der Universitäten in Nordrhein-Westfalen erst herbeigeredet.

Ich hatte diesen Vorwurf belegt mit einem Zitat von Ihnen, Frau Brunn, nämlich dem, nach der Sintflut würde jetzt die Studentenflut ausgerufen. Sie haben in der Tat in der Plenarsitzung am 11. November in diesem Haus ausweislich des Protokolls erklärt: "Nach der Sintflut rufen Sie" - an uns gewandt - "jetzt die Studentenflut aus."

Sie haben dennoch, Frau Brunn, mir gestern vorgehalten, ich würde hier mit Falschzitaten arbeiten. Wörtlich: "Ich habe nichts dagegen, wenn man mich zitiert wie der Kollege Fischer,

(Reinhard (SPD): Das ist keine persönliche Erklärung mehr.)

aber ich habe sehr viel dagegen, wenn man mich falsch zitiert, wie Sie das getan haben." Ich erwarte von Ihnen in Zukunft, daß Sie, wenn Sie schon zitieren, korrekt und im Zusammenhang zitieren.

(Kniola (SPD): Im Zusammenhang! Das ist der entscheidende Satz.)

(D) An anderer Stelle: "Ich habe doch gesagt, daß Herr Reichel mich im Gegensatz zu Ihnen falsch zitiert hat." Meine Damen und Herren, ich wende mich nicht dagegen, daß Sie sagen, ich hätte nicht im Zusammenhang zitiert. Jeder, der zitiert, muß etwas aus dem Zusammenhang nehmen, aus dem, was vorher und danach gesagt wurde; das ist so.

(Beifall bei der F.D.P. - Kniola (SPD): In diesem Fall aber sinnenstellend!)

Aber ich wende mich entschieden dagegen, daß gesagt wird - und an mehreren Stellen gesagt wird -, ich hätte falsch zitiert.

Ich weise das wegen der Wichtigkeit des Wortes als Stilmittel der Auseinandersetzung in diesem Haus deshalb zurück.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herrn! Es natürlich jetzt nicht möglich, über diese Erklärung zu debattieren.

(Zurufe von der SPD)